



Wählergemeinschaft Samtgemeinde Nienstädt

Pressemitteilung 14.03.2023

Stellungnahme der Gruppe CDU-WGSN-FDP im Gemeinderat Nienstädt zum Beschluss vom 09.02.23 zur geplanten Umgehungsstraße

Da am 09.02. gegen unsere Fraktion im Gemeinderat beschlossen wurde, Land und Bund aufzufordern, mit der Planung der Umgehungsstraße in Nienstädt und einer Verkehrsuntersuchung kurzfristig zu starten, möchten wir hierzu noch einmal in aller Klarheit Stellung beziehen, wie unsere Gruppe im Gemeinderat, aber auch die gesamte Wählergemeinschaft das Thema einordnet.

Wir sprechen uns weiterhin klar gegen das Projekt aus, im Übrigen in allen Gremien gemeinsam mit der CDU, FDP und den Grünen. Unsere Argumente haben wir hier nochmal strukturiert:

Umwelt & Flächenverbrauch

Die ökologische Belastung durch einerseits den Bau der 5km langen Umgehungsstraße, aber auch den dadurch zunehmenden Verkehr liegt auf der Hand.

Der Landschaftsverbrauch insgesamt und die Flächenverluste kostbaren Ackerbodens sind viel höher als die Zielvorgaben und geraten immer mehr in den Fokus.

In Zeiten des erwiesenen Klimawandels mit Hochwasser- und Dürre-Ereignissen sollte man generell nur neue Flächen versiegeln, wenn der Nutzen deutlich über den Kosten liegt und keine Alternativen vorhanden sind. Das sehen wir hier bei der Umgehung nicht.

Zumal die historischen Bergehalden (Trittsteinbiotop) und 2 Wälder laut eines Landschaftsplaners in Gefahr sind.

Veränderung der Fakten & Prognosen

Wir sind uns aufgrund der Prüfung der alten Zahlen im Bundesverkehrswegeplan und der neu erhobenen Zahlen sicher, dass unter heutigen Planungsvoraussetzungen und zutreffender Abwägung der Kosten/Nutzenrelation eine derartige Planung nicht mehr in den vordringlichen Bedarf und damit nicht zur Realisierung kommen würde.

Die Verkehrsmenge hat sich seit letztem Planungsstand von 24.000 auf zuletzt ca. 13.000 Kfz pro Tag reduziert. Der Lärmbelastung hat sich ebenso stark verringert und wurde nur nachgewiesen, da die Dezibel-Grenzen im letzten Lärmaktionsplan willkürlich nach unten gesetzt wurden.

Aufgrund des Urteils des Verfassungsgerichts zum Thema Klimaschutz und Generationengerechtigkeit müsste bei neuer Erhebung erstmals ein Klimagutachten erstellt werden. Auch die Umweltprüfung hat heutzutage andere Kriterien als vor Jahrzehnten. Die Technik und die Mobilität hat sich bereits stark verändert und wird sich laut Prognosen deutlich weiterentwickeln. Die Themen Schiene, Radwege, Elektrifizierung und andere Antriebe sowie neue Mobilitätskonzepte haben eine deutlich höhere Priorität bekommen, weshalb Verkehrsmenge, Lärm und Emissionen nicht steigen werden.



Wählergemeinschaft Samtgemeinde Nienstädt

Planung & Zeit

Selbst wenn die Planung sofort begonnen würde, was aus Kapazitätsgründen nicht möglich ist, würde Planung, neue Erhebung, der Bau selbst und Klageverfahren mindestens 20-25 Jahre dauern. Das zeigen Erfahrungen mit anderen Straßenbau-Projekten. Das bedeutet aber für die Anwohner der B65 in Nienstädt, dass weiterhin in dieser Zeit keinerlei Verbesserungen durchgeführt werden, da die Landesbehörde nicht zustimmen und der Bund nicht zahlen würde, wie es aktuell auch der Fall ist. Das ist für uns ein Haupttreiber, die Planung endlich zu beenden, um den Weg für Verbesserungen freizumachen.

Verbesserungen

Möglichkeiten der Verbesserung der Verkehrssituation zu schaffen, ist jedoch faktisch nur möglich, wenn die Planung der Umgehung - wie in Samtgemeinde und Kreistag beschlossen - gestoppt wird. Dies kann man in den Kommentaren zum Lärmaktionsplan 2019 von der Landesbehörde für Straßenbau nachlesen oder selbst dort erfragen. Wird die Planung aber eingestellt, können die Mittel, die für Planung und Erhebung reserviert sind, für direkte Verbesserungsmaßnahmen eingesetzt werden, wie z.B. für einen Rückbau auf Zweispurigkeit, begleitende Radwege, Querungshilfen, Lärmschutz usw. Dafür setzen wir uns ein und haben schon mehrfach mit der Landesbehörde das Gespräch dazu gesucht.

Finanzen

Die Finanzen der Gemeinde Nienstädt sind stark belastet, der Haushalt defizitär. Noch nicht einmal den Erhalt der Gemeinde-Straßen leistet die Gemeinde aus unserer Sicht in ausreichender Weise. Sollte die jetzige B65 in die Verantwortung der Gemeinde fallen, wird eine große finanzielle Belastung auf uns zukommen für Erhalt, Sanierung, Ampelanlagen etc. Da noch einen Rückbau zu versprechen, wie die SPD es oft getan hat, ist fahrlässig, da dies finanziell nicht zu leisten ist. Das Budget dafür sollte besser für sinnvolle Projekte für alle Bürger eingesetzt werden.

Wahrscheinlichkeit der Umsetzung

Bei so viel sachlich begründetem Widerstand einer Bürgerinitiative, ganzer Kommunen (Obernkirchen/Gelldorf u. Helpsen) als auch den klaren Entscheidungen der höchsten Gremien der Samtgemeinde und des Landkreises gegen das Projekt ist eine Realisierung sehr unwahrscheinlich geworden. Daran ändert auch der für verzweifelt wirkende Beschluss der SPD und Grünen im Gemeinderat nichts.

Leider sind einige Ratsmitglieder der Gemeinde Nienstädt sachlichen Argumenten nicht zugänglich und wollen gegenüber Ihren Wählern nicht zugeben, dass sie zu Unrecht an einer überholten Planung festgehalten und damit Verbesserungen verhindert haben, während die Aussicht auf eine Realisierung sehr gering ist. Schade, dass man hier nicht an einem Strang ziehen und eine verbesserte Situation für alle Bürger der Samtgemeinde erreichen kann.